

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/018/2023

Sozialausschuss am 20.11.2023

Zu Punkt 10: Örtliche Pflegeplanung 2023

KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer. Dieser erläutert kurz die bereits im letzten Ausschuss angekündigte Pflegeplanung für 2023. Bedauerlicherweise wurde versäumt, die Pflegeplanung des Jahres 2021 entsprechend dem Sozialausschuss und der Kommunalen Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege vorzulegen. Die Pflegeplanung 2021 war jedoch einheitliche Arbeitsgrundlage für die Bauberatung, Planungsanfragen und die Investorenberatung seitens des Kreissozialamtes. Um diesen Umstand nachzuholen sind beide Pflegeplanungen für 2021 und 2023 als Anlage beigefügt. Anschließend erläutern Herr Klemmer und Frau Hecker kurz die wesentlichen Punkte der Pflegeplanung 2023 mit Hilfe einer PowerPointPräsentation. Diese ist als Anlage beigefügt.

KA Kanschat bittet um ergänzende Mitteilung, ob sich die ausgewiesenen Daten ausschließlich auf die Pflege alter Menschen bezieht oder ob auch die Pflege von Menschen mit Behinderung inkludiert ist. Frau Hecker teilt mit, dass sich die Zahlen nur auf die Pflege alter Menschen beziehen.

KA Kanschat macht deutlich, dass die dargestellte Situation sehr dramatisch ist und sich voraussichtlich noch verschlechtern wird, da wir in einem „überalterten“ Kreis leben. Er spricht sich daher für mehr ambulante Hilfen und niederschwellige Angebote wie beispielsweise „Einkaufshilfen“ aus, um die Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim zu vermeiden. Er sieht hier einen dringenden Handlungsbedarf.

KA Küchler stimmt ihm zu. Zudem bittet sie um Mitteilung, ob auch bekannt ist, wie viele Mitarbeitende die aufgeführten 112 ambulanten Pflegedienste beschäftigen.

Hierzu teilt Frau Hecker mit, dass die Zahl bekannt, aber bewusst nicht aufgeführt ist, da die Pflegedienste teilweise auch in Städten außerhalb des Kreisgebietes agieren.

Herr Klemmer bestätigt, dass in diesem Bereich viel zu tun ist und der Fokus auf dem Schwerpunkt „Ambulantisierung“ liegen sollte; er verweist insoweit auch auf die notwendige Neuaufstellung des Sachgebietes ALTERNativen 60plus. Zudem teilt er mit, dass die einzelnen Tagespflegeeinrichtungen ungleichmäßig über das Kreisgebiet verteilt liegen. Hier befinden sich deutlich mehr Einrichtungen im Nord- als im Südkreis. Auch dies sollte einmal aufgegriffen werden. Ferner führt Herr Klemmer aus, dass die Thematik Pflege auch zukünftig in der Neufassung des Internetauftrittes der Kreisverwaltung präsenter dargestellt werden soll. Abschließend teilt er mit, dass die Erkenntnisse auch gezielt an die Planungsbehörden und einzelnen Städte kommuniziert werden sollten. Die Kreisverwaltung steht hier grundsätzlich jederzeit für Planungszirkel zur Verfügung, dies ist jedoch ohne die aktive Beteiligung der Städte nicht möglich und zielführend. Abschließend teilt er mit, dass mit einer guten Entwicklung der ambulanten Pflegedienste, der steigenden Anzahl an Hospizplätzen sowie auch bei den Tagespflegeeinrichtungen positive Entwicklungen seit 2021 zu verzeichnen sind.

Frau Schröder ergänzt, dass der Fachkräftemangel eine weitere große Herausforderung darstellt. Sie regt daher an, niederschwellige Angebote zu suchen und zu erweitern, die weniger Fachpersonal binden.

Herr Kowalczyk ergänzt, dass die Problematik Fachkräftemangel auch auf Bundesebene diskutiert wird und hier versucht wird, Berufe in der Pflege attraktiver zu gestalten, indem beispielsweise Büroarbeiten/ Buchführung durch andere Kräfte übernommen werden.

Herr Klemmer führt an, dass auch Frau Koch im Rahmen ihrer Vorstellung in der letzten Sitzung des Sozialausschusses deutlich gemacht hat, wie schwierig es ist, geeignetes Fachpersonal in Pflegeberufen zu halten; vor allem in den praktischen Bereichen der Ausbildung in den Einrichtungen.

Auch KA Kanschat sieht eine besondere Schwierigkeit im Fachkräftemangel. Er regt daher an, niederschwellige Angebote wie beispielsweise Hilfen im Haushalt vielleicht auch kreisübergreifend zu installieren und zu steuern. Die Ausübung dieser Tätigkeiten ist grundsätzlich auch durch Menschen

ohne spezielle Fachausbildung möglich. Viele Menschen benötigen häufig Unterstützung, um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können.

Hierzu teilt Herr Klemmer mit, dass es zu den haushaltsnahen Dienstleistungen bereits eine Broschüre des Kreises gibt. Es konnte in 2023 erstmals festgestellt werden, dass sich die Anbieterzahl von haushaltsnahen Dienstleistungen deutlich verringert hat und mittlerweile in die offiziellen Anerkennungsverfahren nach der AnföVO übergegangen sind. Der Kreis ist Anerkennungsbehörde für die „Unterstützer im Alltag“; der Vorteil ist hierbei, dass mit der Anerkennung auch Teilbeträge über die Pflegekasse abgerechnet werden können. Die Thematik der Förderung und Entwicklung von ambulanten Strukturen bleibt dennoch eine wichtige Aufgabe.

KA Küchler teilt mit, dass es sich hier mit der Unterstützung an der sozialen Teilhabe und der Bereitstellung von pflegerischen Dienstleistungen um zwei verschiedene Felder handelt. Grundsätzlich hat sie die Erfahrung gemacht, dass die Menschen im Berufsfeld Pflege gerne mehr Zeit für den einzelnen Menschen hätten.

Zudem teilt Herr Klemmer mit, dass sich in den letzten Jahren auch viele Pflegereformen in der Praxis eher als „Pflegereformchen“ herausgestellt haben und in der Regel die Beitragssätze der Pflegeversicherung erhöht haben und andererseits zu einem höheren Grad der „Subvention“ über die Sozialhilfe geführt haben. Darüber hinaus wurde auch ganz bewusst - und schlussendlich auch von allen gewünscht - die Qualität der Pflege fokussiert; dies bedeutet leider auch an vielen Stellen mehr Dokumentation und Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten.

Abschließend führt KA Thiele aus, dass sie sich kürzlich entsprechende Pflegeeinrichtungen in den Niederlanden angeschaut hat. Diese sind - insbesondere was die Zufriedenheit der Mitarbeitenden betrifft - deutlich besser aufgestellt und sollten als Beispiel für die Bundesrepublik herangezogen werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.